

Der Landrat verwies auf den Antrag der LINKEN-Kreistagsfraktion vom 21.03.2022. Er merkte an, dass sich die Verwaltung ohne weitere Prüfung schwertue, den Antrag zu unterstützen. Der Leiter des Sozialamtes habe mit Frau Bähr telefoniert und die Information erhalten, dass die Tafeln keine Lebensmittel hinzukaufen würden. Von einem Zukauf rate auch der Bundesverband der Tafeln ab.

Das bedeute, dass sich die steigenden Lebensmittelpreise in diesen Fällen nicht bemerkbar machen würden.

Es sei wichtiger, einen Aufruf an die Bevölkerung zu richten, Lebensmittel an die Tafeln zu spenden. Die in dem Antrag beschriebenen 20.000 Euro seien nicht ausreichend.

Seitens der Verwaltung sei man der Ansicht, dass man mit einer finanziellen Unterstützung an den Symptomen ansetze und nicht bei den Ursachen.

Der Landrat schlug vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Gleichstellung zu verweisen. Er würde sich zudem gegenüber der Politik stark machen, dass außerplanmäßig ein angemessener Betrag zur Verfügung gestellt werde.

KTM Kemper sagte, man habe bereits kommuniziert, dass die im Antrag aufgeführten 20.000 Euro nur als eine Soforthilfe angesehen werden können. Man sehe darüber hinaus einen viel höheren Bedarf.

Nach den jetzt anstehenden Haushaltsberatungen wolle man sich die Zeit nehmen, mit den entsprechenden Gremien zu diskutieren, ob der Kreis nicht mindestens die Kosten für die Immobilien, die die Tafeln für die Lebensmittelausgabe nutzen, mitfinanzieren sollte.

Weiter führte KTM Kemper aus, dass derzeit die Supermarktbetreiber ihre Ware knapper bestellen und somit weniger Ware für die Tafeln übrigbleibe. Darüber hinaus stiegen die Energiekosten und die Zahl der Hilfsbedürftigen.

Er werde dem Vorschlag zustimmen, dass der Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Gleichstellung verwiesen werde, da es pragmatisch sei und Sinn mache. Man wolle jedoch nach der Recherche der Verwaltung über weitergehende Hilfsmöglichkeiten für die Tafeln beraten.

Der Landrat bezog sich auf eine Mailnachricht der Eitorfer Tafel, aus der hervorgehe, dass die Tafel neben den hohen Spritkosten auch Aufwendungen für die Lagerung der Lebensmittel aufwenden müsse. Diese Umstände sollten fachlich in dem entsprechenden Ausschuss vertiefend beraten werden.

KTM Peters sagte, ihre Fraktion spreche sich ebenfalls für einen Verweis des Antrags zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Gleichstellung aus, um dieses Thema intensiver zu beraten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.